

Ende der Demokratie kann keine Rede sein; im Zuge der fortschreitenden Modernisierung verändert sie jedoch grundlegend ihre Qualität und entwickelt eine neue Erscheinungsform.

### 1.1 Wutbürger, Indignados und Occupy

Die von vielen Seiten diagnostizierte und in mitterweile weitgehend ritualisierten Mustern beklagte Schwäche der Demokratie hat verschiedene Gesichter. Bis vor Kurzem noch war vor allem von einer *Partizipationskrise* die Rede. Sinkende Wahlbeteiligung, einbrechende Mitgliederzahlen bei den Parteien und ein gefühlt niedriges Niveau des politischen Engagements insgesamt wurden als Anzeichen eines sich ausbreitenden Desinteresses und der Apathie gewertet. Besonders bedrohlich erschien, dass sich gerade bei jungen Menschen das politische Interesse im Lauf der neunziger Jahre deutlich verminderte (Shell 2010) und dass ihre Wahlbeteiligung noch weit unter dem seinerseits sinkenden Bundesdurchschnitt liegt. Gemessen an den Standards der »partizipatorischen Revolution« (Kaase 1982, 1984) seit den frühen siebziger Jahren und den friedlichen Revolutionen seit 1989, schien der kontinuierliche Rückzug der Bürger aus der Politik geradewegs in eine *Legitimationskrise* zu führen. Die Aussicht, dass Regierungen ihr Mandat künftig von einem noch kleineren Anteil der Wahlberechtigten erhalten könnten, führte seitens der Politik und der Sozialwissenschaften zu angestrengten Überlegungen, wie man die Bürger wenigstens an Wahlen wieder mobilisieren könnte. Gegenwärtig ist demgegenüber vor allem von einer *Repräsentationskrise* die Rede (Linden und Thaa 2009, 2011). Die Kluft zwischen den Bürgern und der Politik scheint zunehmend größer und unüberbrückbarer zu werden. Das Handeln der Politiker lässt sich immer weniger auf die arti-

kulierten Interessen der Bürger zurückführen; stattdessen geht es über deren Köpfe hinweg – oftmals werden sogar eindeutige Mehrheiten ignoriert. Nicht nur in Deutschland, sondern viel radikaler noch in Griechenland, Irland, Italien, Spanien oder Großbritannien wurden drakonische Sparprogramme aufgelegt, die das Leben der Menschen tiefgreifend verändern, ohne dass dem vermeintlichen demokratischen Souverän überhaupt nur ein Mitspracherecht eingeräumt worden wäre. Statt repräsentativer Parlamente regieren auf EU-Ebene ebenso wie in vielen sogenannten Krisenländern Expertenkommissionen und Technokraten-Teams, die die Demokratie in den Stand-by-Modus schalten, um so das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen. Ihre vorrangige Sorge ist nicht, ob ihre jeweiligen Entscheidungen wohl dem Willen der Bürger entsprechen oder wie der demokratische Souverän reagiert, sondern vor allem die Frage: *Wie reagieren die Märkte?* Zudem lassen Politikverflechtung und die unkontrollierte Einflussnahme der Wirtschaftslobby das Vertrauen in die sogenannte politische Klasse, die Parteien und die demokratischen Institutionen immer weiter erodieren. Trotz gewaltiger PR-Anstrengungen scheitern die Politiker daran, ihre Beschlüsse den Bürgern zu vermitteln. Die haben umgekehrt nicht mehr den Eindruck, von den Politikern überhaupt noch gehört zu werden. Während die Ratingagenturen mit jeder Verlautbarung selbst die mächtigsten Präsidenten zum Erzittern bringen, scheint der nominelle Souverän kaum noch ernsthaften Einfluss auf die Politik zu haben. Denn die dreht sich vor allem um das sogenannte *Systemrelevante*, wozu die Bürger – dem Anspruch nach der demokratische Souverän – ganz offenbar immer weniger gehören.

Die Ohnmachtsgefühle und die Verärgerung der solchermaßen an den Rand gedrängten Bürger hat Dirk Kurbjuweit vor einiger Zeit mit dem Begriff »Wutbürger« zu fassen versucht (Kurbjuweit 2010), den die Gesellschaft für Deutsche

Sprache zum Wort des Jahres 2010 wählte. Im Juli 2010 hatte der Unmut dieser Wutbürger eine geplante Schulreform in Hamburg zu Fall gebracht. Im August und September desselben Jahres machte er sich in der Debatte um Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* Luft (Sarrazin 2010). Im Herbst demonstrierten die Wutbürger wochenlang gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, und im November »schotterten« sie im Wendland gegen Angela Merkels Versuch, den von der rot-grünen Regierung unter Kanzler Schröder beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie zu unterlaufen. Die Bürger, denen man eben noch wachsende Apathie nachgesagt hatte, waren plötzlich in unvorhergesehener und für die offizielle Politik durchaus lästiger Art und Weise mobilisiert und politisiert.

Nun ist das Wort *Wutbürger* eine journalistische Prägung, kein sozialwissenschaftlich haltbarer Begriff; und die verschiedenen Protestereignisse, die damit beschrieben wurden, lassen sich aus der Perspektive der politischen Soziologie auch kaum über einen Kamm scheren. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sich in ihnen ein aufgestauter Unmut über gravierende Repräsentationsdefizite entlud, und das Empfinden der jeweiligen Aktivisten, dass die ursprünglichen Versprechen der Demokratie in der Realität immer weniger eingelöst werden. Dieses Phänomen ist dabei nicht auf Deutschland beschränkt. Gerade seit Anfang der Banken- und Schuldenkrise haben Wutbürger auch in Athen, Paris, London, Brüssel und vielen anderen Städten rebelliert. In Madrid entstand im Mai 2011 eruptionsartig die Bewegung der »Indignados«, einer ganzen Generation von Empörten und Verärgerten, die sich um ihre Rechte und Lebenschancen betrogen sahen. Mit ihrer Forderung »¡Democracia real YA!« (Echte Demokratie jetzt!) waren sie ein Vorbild für die Occupy-Bewegung, die im September 2011 den Zuccotti Park in New York besetzte und sich in rasantem Tempo auch in Europa ausbreitete. Gerade in den

USA erschien der antikapitalistische Occupy-Wall-Street-Aktivismus manchem wie ein linkes Gegenstück zu den rechtslibertären Wutbürgern der Tea Party, bei der sich schon seit 2009 beobachten lässt, wie das Gefühl der demokratischen Ohnmacht in offenen Hass und Verachtung für die sogenannte politische Klasse umschlagen kann. Schließlich wählte das Magazin *Time* »Den Demonstranten« zur Person des Jahres 2011 und sprach dabei – nicht zuletzt mit Blick auf den sogenannten Arabischen Frühling – von einem »weltweiten Höhepunkt der Frustration« über das Versagen der politischen Klasse und die Inkompetenz der Institutionen (Stengel 2011).

Gerne werden diese Proteste als eine kraftvolle (und internationale) Bewegung gefeiert, als ein Sturm, der erst noch im Herausziehen ist, als der Beginn einer beispiellosen Mobilisierung von Bürgern, die sich endgültig »nicht mehr für dumm verkaufen lassen« (Wieczorek 2011). Geradezu sehnsuchtsvoll wurden die Wutbürger, Indignados und Occupy-Aktivisten in der Presse immer wieder mit 1968 verglichen und mit dem Anfang der demokratisierenden Kulturrevolution, die seit den siebziger Jahren die politische Kultur vieler westlicher Länder grundlegend verändert hat. *Der Spiegel* bezeichnete Occupy noch im Mai 2012 als »eine der wohl größten systemkritischen Bewegungen der Welt« (Schultz 2012). Der Chefredakteur des *Time Magazine* verglich 2011 mit den Revolutionsjahren 1848 und 1989. Tatsächlich mag die jüngere Rebellion der Bürger in mancherlei Hinsicht als eine Art Neuaufgabe der Protestbewegungen der siebziger und achtziger Jahre erscheinen. Schon damals hatten die »elitenkritischen« Bürgerproteste (Inglehart 2007) sich gegen die als bestenfalls formal demokratisch wahrgenommenen Strukturen gestellt und eine grundsätzlich »neue Politik« gefordert (Müller-Rommel und Poguntke 1995). Als »Anti-Parteien-Partei« (Kelly 1980) organisierten die Grünen seinerzeit die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen.

Vorsichtig und geschickt machten sich die Bündnisgrünen auch 2011 wieder zum Sprachrohr der neuen Wutbürger – und erreichten damit Umfragewerte und Wahlergebnisse wie niemals zuvor. Doch die Hoffnung auf eine neue partizipatorische Revolution wird erstens dadurch getrübt, dass sich diese jüngsten Proteste nahtlos einreihen in eine lange Serie von Mobilisierungswellen, die immer wieder den emanzipatorischen Ausbruch aus dem herrschenden System sozialer, ökonomischer und politischer Ungleichheit angekündigt hatten – ohne je nennenswerten Erfolg zu haben. Erinnerung sei nur an Attac (die Association for the Taxation of Financial Transactions for the Aid of Citizens), die legendäre »Battle of Seattle« (1999), das Weltsozialforum und natürlich an die Grünen selbst, deren wohlhabend-bürgerliche Anhänger sich inzwischen in Großstadtvierteln wie dem Prenzlauer Berg in Berlin ihren Wohlfühlraum geschaffen haben. Und zweitens hat die heutige Anti-Politik im Vergleich zum demokratischen Aufbruch der Siebziger eine fundamental andere Qualität. Zwar sind die Artikulations- und Partizipationsformen genau die, die die neuen sozialen Bewegungen damals einführten und die in der modernen »Bewegungsgesellschaft« (Neidhardt und Rucht 1993; Meyer und Tarrow 1998) für praktisch alle Gesellschaftsgruppen zum festen Bestand des politischen Aktionsrepertoires gehören. Doch wie viel transformatorische Energie steckt wirklich in diesen neuen Protestwellen? Während die Bewegungen früherer Jahrzehnte noch von einem tiefen demokratischen Optimismus getragen waren, ist der heutige Aufstand der Wutbürger wohl mindestens ebenso sehr Ausdruck einer tiefen demokratischen Desillusionierung, wie er auf mehr demokratische Offenheit und Repräsentation drängt.

Tatsächlich paart sich – oder muss man auch hier schon wieder im Präteritum sprechen? – im Phänomen der Wutbürger in merkwürdiger Weise die lautstarke Forderung nach einer anderen Politik mit der impliziten Einsicht, dass unter den Be-

dingungen moderner, hochkomplexer und international veretzter Konsumgesellschaften eine wahrhaft demokratische »neue Politik« wohl überhaupt nicht mehr möglich ist – ja vielleicht nicht einmal mehr wünschenswert. Aufwendige Bürgerbeteiligungs- oder Schlichtungsverfahren wie beim Bahnhofsprojekt in Stuttgart können in hochpolitisierten Einzelfällen durchgeführt werden, sind aber als Regelverfahren einer authentisch demokratischen Politik kaum vorstellbar. Es geht auch längst nicht mehr nur um die (Schwäche der) Demokratie, sondern um die Ohnmacht der Politik überhaupt. Die politische Agenda wird in immer stärkerem Maße von internationalen Verträgen und unvorhergesehenen Krisen bestimmt. Die Politik hat immer weniger Handlungsfreiheit und vor allem immer weniger Spielraum, um *bottom-up* den Willen der Bürger zu repräsentieren. Unsere gewählten Vertreter sind zunehmend ausführende Organe, Getriebene von Sachwänden und Imperativen, die jenseits ihrer Macht stehen. Entscheidungen müssen unter dem Druck der Märkte, der Ratingagenturen, der Spekulanten, der drohenden Staatspleiten in einem Tempo gefällt werden, das keine demokratischen Verfahren erlaubt. Dabei ist Politik doch eigentlich dadurch definiert, dass sie Alternativen formuliert, zwischen denen die Bürger oder ihre Repräsentanten wählen können. Heute beschränkt sich die institutionalisierte Politik jedoch immer häufiger auf das Implementieren von angeblich Alternativlosem. Das entscheidende Kriterium für dieses entpolitisierte »New Public Management« ist nicht länger, ob und in welchem Maße es demokratischen Normen und Erwartungen entspricht, sondern wie effektiv und effizient es das angeblich objektiv Notwendige umsetzt. Und dieser Logik der Alternativlosigkeit haben auch die neuen Bürgerbewegungen wenig entgegenzusetzen, selbst wenn sie immer selbstbewusster und versierter darin werden, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Klimakrise, Bankenkrise, Schuldenkrise, Eurokrise, Terror-

rismuskrise, Energiekrise, Rohstoffkrise, Krise der internationalen ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, Krise der demografischen Entwicklung und so fort – all dies schafft Problemlagen und Handlungszwänge, die in ihrer Komplexität bei Weitem die Vorstellungskraft der Bürger übersteigen und die in ihrer Dringlichkeit einen Zeit- und Handlungsdruck erzeugen, dem demokratische Verfahren nicht gewachsen sind. Die Politik befindet sich in einer permanenten Notstandslage, einem andauernden Verteidigungsfall. Ausichtsreiche Problemlösungsstrategien lassen sich, wenn überhaupt, nur auf internationaler Ebene entwickeln, doch dort gibt es nicht nur keinen Demos mit einem bürgerschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern die Politikverflechtung in der Mehrebenenpolitik hebt überdies systematisch das demokratische Gebot der Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit aus. Entsprechend stellte Danilo Zolo bereits Anfang der neunziger Jahre fest, »die Zunahme der Differenzierung des politischen Systems und der allgemeinen Komplexität« lasse die Demokratie »unwahrscheinlich werden«; industrielle Gesellschaften seien »mit demokratischen Mitteln nur schwer regierbar« (Zolo 1997, 87). Die inzwischen verbreitete Diagnose vom Ende bzw. Verschwinden der Politik (Boggs 2000; Fach 2008) oder vom Zeitalter der Postpolitik (Žižek 2010, 272-282) führt Zolos Beobachtungen nur einen Schritt weiter. Und Bewegungen wie Occupy können eigentlich nur noch feststellen, dass die Demokratie ausgehöhlt und erschöpft ist; Perspektiven zu ihrer Erneuerung und Alternativen zum Status Quo formulieren können sie im Gegensatz zu ihren Vorläufern in den siebziger und achtziger Jahren jedoch kaum noch. Occupy beschränkte sich daher auch weitgehend auf das *Besetzen*. Vermeintlich bedeutungsvolle Leerformeln wie »¡Democracia real YA!« oder »We are the 99 percent« treten an die Stelle einer konkreten politischen Programmatik und verweisen bestenfalls noch symbolisch

auf die Möglichkeit einer Alternative. Ihre transformatorische Kraft übersteigt aber kaum die der diesem Buch als Leitanspruch vorangestellten Bekenntnisse meines Wellensittichs. Noch weniger lassen sich in Unruhen, wie London sie im August 2011 erlebte, politische Botschaften erkennen. Hierbei handelt es sich nur noch um eruptionsartige Ausbrüche diffuser Gefühle von Machtlosigkeit und Exklusion.

So bringen Wutbürger, Indignados und Occupy, ohne dass sich die Aktivisten davon unbedingt Rechenschaft geben würden, den eklatanten Widerspruch zwischen dem gewachsenen politischen Selbstbewusstsein und bürgerlichen Selbstbestimmungsanspruch und dem stillen Bewusstsein der Leistungsgrenzen der Demokratie und Politik zum Ausdruck. Das beklagte Demokratiedefizit hat also zwei Seiten: *erstens* die defizitäre Implementierung demokratischer Normen, die gerade durch die neuen sozialen Bewegungen emphatisch revitalisiert worden waren; und *zweitens* die, am Entwicklungsstand heutiger Gesellschaften gemessen, offenbar defizitäre Funktionalität demokratischer Strukturen. Dabei ist durchaus abzusehen, dass diese Malaise der Demokratie sich weiter zuspitzen wird. Denn nationale Regierungen sind, wie gesagt, nicht nur in immer stärkerem Ausmaß in Sachzwänge und internationale Politikregimes eingebunden, die ihren Spielraum für Bürgerresponsivität erheblich einschränken, sondern sie stehen zugleich unter wachsendem Druck, Nachhaltigkeitsprobleme, die sich über Jahrzehnte aufgestaut haben und deren Lösung immer wieder aufgeschoben wurde, endlich in Angriff zu nehmen. Kosten, die bislang im Namen des Wirtschaftswachstums, der Aktionäre, der Konkurrenzfähigkeit, der Konsumgüterpreise und der Wählerstimmen mit allerlei Tricks externalisiert wurden, müssen nun doch wenigstens teilweise internalisiert werden. Gleichzeitig betreiben aber gerade die gesellschaftlichen Eliten mit aller Entschiedenheit die Akkumulation des privaten Reichtums und die fortgesetzte Externalisierung der öf-

fentlichen Nebenkosten. Beide Dimensionen bedeuten eine erhebliche Herausforderung für die Demokratie, die entgegen dem Tenor der Jahresberichte von Freedom House keineswegs bloß von autoritären Regimen in nichtwestlichen Ländern ausgeht (Freedom House 2011, 2012). Vielmehr ist die mehrfache Nachhaltigkeitskrise (ökologisch, ökonomisch, sozial) eine hausgemachte und viel grundlegendere Herausforderung. Die gegenwärtige Schuldenkrise macht deutlich, dass sich eine Wende zu mehr Nachhaltigkeit kaum vermittels demokratischer Mehrheiten beschließen und umsetzen lassen wird. Denn die Demokratie ist zwar zur gerechteren Verteilung von Wohlstandszugewinnen geeignet, weit weniger jedoch zur gerechten Verteilung von Einschnitten – und vielleicht überhaupt nicht zur angemessenen Berücksichtigung der Zukunft. Aus gleich mehreren Gründen wird die Politik daher fast unausweichlich immer weniger demokratisch und responsiv im Sinne der Protestbewegungen. Und der Verfall dessen, was die Demokratietheorie mit Fritz Scharpf (1970) als Input-Legitimität bezeichnet, kann angesichts der Grenzen des Wachstums und der stetig steigenden gesellschaftlichen Komplexität auch immer weniger durch verbesserte Output-Legitimität ausgeglichen werden.

Die aktuelle Debatte um Postpolitik und die Krise der Demokratie geht also über ältere Diskussionen um die sogenannte Politikverdrossenheit (z. B. Arzheimer 2002) deutlich hinaus und spitzt diese in brisanter Weise zu. Embacher (2009) spricht denn auch nicht mehr von Politik- oder Parteienverdrossenheit, sondern explizit von »DemokratiEVERDRUSS«. Als die Gesellschaft für deutsche Sprache 1992 Politikverdrossenheit zum Wort des Jahres kürte, hatten die neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre zwar bereits spürbar an Dynamik verloren, doch steckte die optimistische Bewegung für eine andere, eine soziale, ökologische und gerechte Globalisierung noch in den Kinderschuhen. Attac wur-

de erst 1998 in Frankreich gegründet. Das erste Weltsozialforum fand erst 2001 statt (im brasilianischen Porto Alegre). Der Gedanke, dass auch unter Bedingungen der Globalisierung »eine andere Welt möglich« sei und mit der deliberativen Demokratie (Habermas 1996; Dryzek 2000) zudem ein durchaus geeignetes Mittel zur Verfügung stehen könnte, die neuen Unsicherheiten, Risiken und Komplexitäten der modernen Welt in verantwortlicher, effektiver und vor allem wahrhaft demokratischer Weise zu regieren, war erst ansatzweise entwickelt. Die Hoffnung auf eine globale Zivilgesellschaft und die Idee der kosmopolitischen Bürgerschaft oder *cosmopolitan democracy* (vgl. Beck 2004; Beck und Grande 2004; Held 1995, 2006) standen erst am Anfang ihrer Karriere.

Einen demokratieskeptischen Schatten warf aber bereits die Diskussion um den sogenannten »Reformstau« voraus (das Wort des Jahres 1997). Im Geiste des unter Bill Clinton und Tony Blair hegemonial gewordenen Neoliberalismus wurde hier offen die Leistungsfähigkeit demokratischer Strukturen infrage gestellt; Effizienz und Output rückten ins Zentrum des Interesses. Nirgendwo sonst, so hieß es nun, gebe es so viele demokratische Vetospieler wie in Deutschland. In keinem Land der Welt hätten »so viele Instanzen Verhinderungsgewalt« (Strohmeier 2003, 17). Ein Zuviel an bürgerlichen Einspruchs- und Mitspracherechten beeinträchtigte nicht nur die Fähigkeit der Wirtschaft, im internationalen Standortwettbewerb mitzuhalten, sondern auch die der Politik, notwendige Reformen des Sozialstaates durchzusetzen. Gerhard Schröder trat an, um nach dem Vorbild des damaligen Briten-Premiers Blair auch Deutschland grundsätzlich zu modernisieren (vgl. Blühdorn und Jun 2007). Doch seine Agenda 2010 wurde insbesondere mit der Hartz-IV-Gesetzgebung zum Symbol einer Modernisierung, die nicht mehr die Menschen in den Mittelpunkt stellt und emanzipatorisch ist, sondern sich an systemischen Imperativen orientiert, einer Metaphysik der Effizienz

huldigt und die Bürger zunehmend verunsichert, marginalisiert und bedroht.

Nicht nur am unteren Rand der Gesellschaft verkehrte sich demokratischer Optimismus so in tiefe Frustration. Wahlen erscheinen kaum noch als Möglichkeit, die Interessen der Bürger wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Sie erwecken bestenfalls noch kurzfristige Aufbruchshoffnungen. Politiker können jedoch selten über die Dauer eines Wahlkampfes hinaus den Eindruck vermitteln, sie hätten ein klares Regierungsprogramm, geschweige denn eine klare Vorstellung, wie die überwältigenden Probleme zu bewältigen seien. Bereits nach dem Regierungswechsel 1998 verflog der enorme Optimismus, den der Regierungseintritt der Grünen ausgelöst hatte, binnen weniger Monate. 2005 verflüchtigte sich die Hoffnung, eine Große Koalition sei vielleicht am ehesten in der Lage, notwendige Reformen in einer Weise durchzuführen, die die breite Mehrheit der Bürger angemessen repräsentiert, sogar noch schneller. Und 2009 stand die schwarz-gelbe Koalition dann bereits von Anfang an in der Kritik, Klientelpolitik zu betreiben und inkompetent sowie »richtungslos« zu sein (ARD Deutschland-Trend September und Oktober 2010). Ähnliche Phänomene zeigten sich auch in anderen Ländern: In Spanien war der Sozialist José Zapatero 2004 der große Hoffnungsträger gerade der jüngeren Generationen gewesen; 2011 war seine Regierung die Hauptzielscheibe der Indignados. Und in den USA sind die beinahe messianischen Hoffnungen, die 2008 und 2009 in die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten gesetzt worden waren, innerhalb kürzester Zeit verfliegen. Die versprochene Neubelebung der Politik – und insbesondere der *demokratischen* Politik – für die bisher marginalisierten blieb aus. Ebenso wie Schröder mit seiner Agenda 2010 die Bürger tief verunsicherte und enttäuschte, hat Obama die Rebellion der sich in der Tea-Party-Bewegung organisierenden Wutbürger erst richtig angefacht. Der im Wahlkampf groß

inszenierte Optimismus des »Yes we can!«, das suggerierte, die anstehenden Probleme seien politisch steuer-, kontrollierbar und lösbar, ist angesichts der Banken-, Finanz- und Schuldenkrise ins Bodenlose zusammengebrochen. Ihm steht die offene Machtübernahme der Märkte und Ratingagenturen gegenüber, eine stille, und natürlich mit Vehemenz bestrittene, Bankrott-erklärung der Demokratie und der Politik überhaupt: »No we can't!« – »We have no choice!« – »There is no alternative!« Die Politik »ist in Frührente gegangen«, sagt Frank Furedi (Furedi 2004, xi); die Demokratie gilt als »überlastet, ausgehöhlt, verstopft« (Skelcher 2000). Und sie wird noch zusätzlich dadurch geschwächt, dass gerade dort, wo am lautesten von demokratischen Werten die Rede ist, nämlich in den USA, eine besonders aggressive Politik der Rohstoffsicherung, Terrorismusbekämpfung und sozialen Exklusion betrieben wird.

Überdeutlich ist also: Während sich Reichtum und Armut in modernen Gesellschaften schneller und stärker polarisieren denn je; während große Problemlagen (soziale Spaltung, Klimawandel, Eurokrise, Flüchtlingswellen, Ressourcen- und Religionskonflikte etc.) sich national und international verschärfen, ist die demokratische Politik immer weniger in der Lage, plausible Perspektiven zu bieten. Sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite zeigt sie gravierende Schwächen, die sich wohl eher verstärken als vermindern werden. War noch vor Kurzem vom »demokratischen Phönix« (Norris 2002) die Rede, und glaubten sozialwissenschaftliche Beobachter noch jüngst, das erodierende Vertrauen in die politischen Eliten werde den Anstoß zu einer »neuen Politik« der informierten, selbstbewussten und artikulierten »critical citizens« geben (Norris 1999; vgl. auch Dalton 2008a, b oder Inglehart 2008), so zeugt der Aufstand der Wutbürger eher von tiefer demokratischer Ernüchterung. Die heutige Protestpolitik, meint Frank Furedi, richte sich nicht mehr bloß gegen die *etablierte* Politik, sondern sei vielmehr Ausdruck »einer tieferen Über-

zeugung, dass *Politik als solche* sinnlos sei.« (Furedi 2005, 29; Hervorhebung hinzugefügt). Ganz anders als noch zu Beginn des neuen Jahrhunderts gelte heute: »Anti-Politik ist nicht in erster Linie ein Impuls der Ermächtigung, sondern vor allem eine Geste der Resignation.« (Ebd.) Jacques Rancière spricht explizit von einem »neuen antidemokratischen Gefühl« (Rancière 2011, 9). Gerade »Menschen, die sich von der Demokratie sozialen Fortschritt und materielle Sicherheit erhoffen oder erhofft haben, wenden sich ab und zeigen kein Interesse mehr am politischen Diskurs bzw. an politischen Wahlen« (Embacher 2009, 91). Demokratie bietet für sie kein Versprechen, keine Perspektive mehr (vgl. auch Neugebauer 2007, 137 f.; Vester 2009, 54 f.; Schäfer 2009). Und die Protest-Politik der bürgerlichen Mittelschichten beruft sich zwar auf demokratische Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, mobilisiert in Wirklichkeit allerdings das ihr zur Verfügung stehende Kapital (Bildung, soziale Netzwerke, relative materielle Sicherheit, Zugang zu politischen Institutionen etc.) vor allem, um privilegierte und kaum nachhaltige Lebensformen und Selbstverständnisse zu verteidigen.

So liegt über modernen Konsumentendemokratien eine tiefe Verunsicherung. Die Trias der neuen Protestbewegungen, der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit der Demokratie und der populären Rede von Postdemokratie und Postpolitik zeigt unmissverständlich an, dass im Verhältnis moderner Bürger zur Demokratie etwas Grundsätzliches in Bewegung geraten ist. Natürlich muss man sich daran erinnern, dass es *die* Demokratie eigentlich gar nicht gibt, sondern nur eine Vielzahl von Versuchen, bestimmte Verständnisse demokratischer Ideale zu institutionalisieren: parlamentarisch und präsidentiell, unitarisch und föderal, mehrheitswahlrechtlich oder mit Verhältniswahlrecht, ausschließlichs repräsentativ oder mit direktdemokratischen Elementen, mit starker oder mit schwächerer Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen, mit Ein- oder

mit Mehrkammerystem und so fort. Von der Demokratie kann man also eigentlich nur im Plural sprechen. Die sogenannte *Krise* der Demokratie betrifft jedoch die ganze Bandbreite ihrer verschiedenen Institutionalierungsversuche. Demokratische Ernüchterung, *disaffection* oder *desencanto* gibt es überall, ebenso wie es auch überall Wutbürger, *aganaktismeni*, *indignados* und *rioters* gibt. Und wer sich darauf einlässt, über den gesellschaftlichen Wandel und die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krisen in heutigen Wohlfahrtsdemokratien wirklich ernsthaft nachzudenken, wird sich zweierlei eingestehen müssen: *erstens*, dass angesichts sich zuspitzender Problemlagen fundamentale Umbrüche nicht nur nicht mehr vermeidbar, sondern bereits voll im Gange sind; und *zweitens*, dass Demokratie und Demokratisierung in dem Sinne, wie die partizipatorische Revolution sie noch emphatisch eingefordert hatte, bei den großen Zukunftsfragen heute kaum mehr plausible Auswege weisen.

## 1.2 Erfüllung einer Vorhersage?

Nun sind solche Zweifel an der Demokratie natürlich nicht neu. Vielmehr erfüllt sich heute möglicherweise bloß eine alte Vorhersage. Tatsächlich stand die Demokratie historisch ja in einem ganz überwiegend negativen Ruf, und ihre »Positive« (Buchstein und Jörke 2003, 472 f.) bis zu dem Punkt, wo politische Institutionen und Entscheidungen nur dann als legitim gelten, wenn sie sich auf demokratische Normen berufen können, und wo umgekehrt alles *Demokratische* – was immer das im Einzelnen heißt – über jeden Zweifel erhaben ist, ist ein relativ junges Phänomen. Bereits Platon hatte die Demokratie bekanntlich als eine der »untauglichen« Staatsformen angesehen, die mit ihren »irregeleiteten« Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit zum Ideal der Philosophenherrschaft in maxi-